



BZ erzeugt Stimmung

Wir lesen von einer Welle von Steuerhinterziehungen, die Freiburg erschüttert. „Über die Tätergruppe weiß man noch wenig. Fest steht nur: Die Zahl dunkelblonder Männer ist stark gestiegen.“ Aha, dunkelblonde Männer haben was mit Steuerhinterziehung zu tun! - Nein, liebe Leserin, das hast DU jetzt gedacht! Tatsächlich ging es in der Badischen Zeitung vom 18. April auch um ein anderes Thema: Man setze in dieselbe Passage als Delikt „Raub und Diebstahl“ ein und als Verdächtige „[unbegleitete] minderjährige Flüchtlinge“ (UMF), und man hat das Original. Was gleich bleibt, ist das einfache Strickmuster, wonach Menschen pauschal vorverurteilt werden. Obwohl die Angaben der Polizei sich immer auf Tatverdächtige beziehen, für die die Unschuldsvermutung gilt. Obwohl die Polizei bald zurückruderte und klarstellte, dass sie nur zum Teil solche Jugendlichen verdächtige, dass die Verdächtigen im Wesentlichen kleine Diebstähle begingen und Gewalt möglichst vermieden, und dass die Zahl der Körperverletzungen in Freiburg in diesem Jahr sogar zurückgegangen sei. Obwohl im Gemeinderat sich schnell die Erkenntnis durchsetzte, dass das Problem ein anderes ist: Wie können Kindern und Jugendlichen, die ohne Eltern vor Krieg und Armut fliehen, der nötige Schutz und die nötige Betreuung gewährt werden? Obwohl die Berichterstattung mehrfach gegen den Pressekodex verstößt, der u.a. verlangt, die Unschuldsvermutung zu respektieren, über jugendliche Verdächtige behutsam zu berichten und die Herkunft mutmaßlicher TäterInnen nur zu nennen, wenn sie in direktem Zusammenhang mit der Tat steht – Die BZ macht immer weiter. Wir können bald jeden Tag lesen, wo wieder ein Geldbeutel geklaut wurde. Sie kann fast jede Straftat den UMF zuordnen, selbst wenn sie es sicher nicht waren: Dann war es eben ein undefiniertes „Umfeld“. Nicht berichtet, oder zumindest nicht so reißerisch, wird dagegen über andere Taten und Tatverdächtige, die nicht dem Muster der BZ entsprechen. Es geht darum, Stimmung genau gegen eine Gruppe zu erzeugen. Diebstähle sind normal für jede größere Stadt. Sie sind typisch für die Entwicklung junger Menschen, sagt der Kriminologe Roland Hefendehl. Es kommt nur darauf an, wo wir hinschauen. Die BZ hat es geschafft, dass gezielt Flüchtlinge

kontrolliert werden, dass sich Angst und Ressentiments in der Bevölkerung breitmachen. Und dass junge nordafrikanische Flüchtlinge nicht mehr wagen, ihr Herkunftsland offen zu nennen.

1. Mai

Und das war er wieder, der 1. Mai in Freiburg:

Auf der einen Seite der blauen Brücke das gewohnte DGB-Fest und Demo. Dann die zum zweiten Mal, mit 400 Personen wieder gut besuchte, revolutionäre Demo mit fast 1:1 Betreuung durch die Polizei. Und auf der anderen Seite der Brücke gehen die Polizeifestspiele, die diesmal das selbstbestimmte Feiern erneut nicht in Gänze unterdrücken konnten, weiter.

Die Stadt verfährt nun im dritten Jahr in Folge nach dem Motto: „Was nicht angemeldet ist, ist verboten. Was verboten ist, darf nicht stattfinden. Ob das, was stattfindet, überhaupt stört, oder die Störung sich im Rahmen eines vereinbarten Konsenses hält, spielt keine Rolle. Einzuhalten ist die gute Ordnung.“ (akj Freiburg) Um das Verbot zu begründen, werden Ausschreitungen herbeigefaselt oder als Begründung in der Allgemeinverfügung Federballspielen und eine Hüpfburg hergezogen, die die 'öffentliche Ordnung' scheinbar ins Wanken bringen.

Wie meinte ein Passant: „In Berlin braucht es Polizei, um 'Ausschreitungen' zu verhindern. In Freiburg, um 'Ausschreitungen' für die Presse und die eigene Rechtfertigung des Einsatzes zu organisieren und zu simulieren.“

Der Sonntag meint dazu: „Getanzt wird weiterhin bis in die Nacht – wo der Unterschied zu jenen Zeiten ist, als sich Behörden noch nicht um die Veranstaltung kümmerten, erschließt sich dem Beobachter schwer“.

Freiburg ist nicht offen, sondern nicht mehr ganz dicht!

Termine:

- 28.5.- 8.6. | 20 Jahre KTS: Kulturwoche | KTS
- 07.06. | Love or Hate Parade 7.0 – | Freiburg
- 13.06 20 Uhr | Recht auf Stadt – Netzwerktreffen
Schwerpunkt **Zwangsräumungen verhindern!** |
Syndikats-Büro
- 18.06 | Ein sozialer, ökologischer und demokratischer
Stadtteil von Unten | Ort → Homepage

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!



[WM] BRASILIANISCHE ARBEITERINNEN SPIELEN NICHT MEHR MIT

Kurz vor Beginn der Fußball WM kämpfen in Brasilien massenhaft Menschen für bessere Lebensbedingungen. In São Paulo besetzten tausend Familien obdachloser ArbeiterInnen eine Fläche und errichteten ein Zeltlager, um darauf aufmerksam zu machen, dass das WM-Stadion 323 Mio. Euro kostet, während sie keine Wohnung haben. Der Stadionbau heizt die Preise auf dem Immobilienmarkt weiter an. In zahlreichen Orten Brasiliens streiken auch Busfahrer, LehrerInnen, Ingenieure und sogar PolizistInnen. Statt Spiele braucht es im übertragenen Sinne endlich Brot.

BASISBEWEGUNGEN PROTESTIEREN GEGEN SCHLECHTE WOHNBEDINGUNGEN IN EUROPA

Das Europäische Aktionsbündnis für das Recht auf Wohnen und die Stadt protestierte vor den Europawahlen für eine demokratische und solidarische Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen in Europa, sowie für eine Stadtentwicklung, die auf die sozialen Menschenrechte ausgerichtet ist. Infolge der Finanz-Krise und der unsozialen Sparmaßnahmen habe sich die Wohnsituation vieler EuropäerInnen in den letzten fünf Jahren extrem verschlechtert. Allein in Frankreich haben 140.000 Menschen kein Dach über dem Kopf, zweimal soviel wie vor zehn Jahren. In Spanien fordert eine von 90% der Bevölkerung unterstützte Initiative u.a. ein Moratorium gegen Zwangsräumungen und die Umwandlung von Eigentums-Wohnungen, die im Zuge der Krise in die Hände der Banken gefallen sind, in Wohnungen, die zu regulierten Mieten überlassen werden. Das europäische Aktionsbündnis fordert, dass die Herrschaft der finanzialisierten Immobilienmärkte durch eine soziale Wohnungspolitik abgelöst wird.

[KÖLN] BESETZUNG ERKÄMPFT WOHNRAUM FÜR WOHNUNGSLOSE

In Köln besetzten AktivistInnen ein leerstehendes Haus einer Wohnungsbaugenossenschaft. Das Haus wurde nach Verhandlungen zwar freiwillig wieder verlassen, immerhin gab die Genossenschaft aber die Zusage zukünftig mindestens zwei Wohnungen an wohnungslose Familien zu vermieten. So bekommen zumindest zwei beteiligte Familien aus Südosteuropa,

denen sonst der Zugang zum Wohnungsmarkt aufgrund ihrer Herkunft meist verwehrt wird, bald ein normales Zuhause.

[FR] NEUBAU FÜR DIE REICHEN

In der Oberau werden 50 neue Wohnungen gebaut. Die Treubau reißt das alte Haufe Verlagsgebäude ab, um Wohnungen zwischen 50 und 250 qm zu errichten. Mal wieder entstehen Eigentumswohnungen. Was kostet der Luxus? 5000 bis weit über 6000 Euro pro Quadratmeter.

[WARSCHAU] ZWANGSRÄUMUNG VERHINDERT

Die Kampagne für die Verteidigung von Mieter/innen hat in Warschau die Räumung einer erwerbslosen Mieterin aus ihrer Wohnung verhindert. Ca. 60 Personen, darunter viele, die in der Vergangenheit zwangsgeräumt wurden, blockierten den Zugang zur Wohnung. Die Räumung wurde nun erst mal um ein halbes Jahr verschoben.

KÜNDIGUNG WEGEN ANGEBLICHEN EIGENBEDARFS NACH 26 JAHREN

In Berlin wurde eine Mieterin nach 26 Jahren aus ihrer Wohnung geschmissen. Ihr Vermieter machte Eigenbedarf geltend. Der Chefarzt will ab und zu seine Tochter aus einer ehemaligen Beziehung besuchen können und erhebt deshalb Anspruch auf die Wohnung. Dem Berliner Landgericht reichte das als rechtmäßiger Eigenbedarf aus. Eine eingelegte Verfassungsbeschwerde wurde nicht zur Entscheidung angenommen.

[FR] BESETZTE G19 WIEDER OFFEN

Das kleine, seit 4 Jahren besetzte Häuschen in der Gartenstraße 19 in der Innenstadt ist wieder offen. Es beherbergt ein Infoladen, ein Umsonstladen, in dem es kostenloses Klamotten für Alle gibt, eine Selbsthilfe-Fahrradwerkstatt im Hinterhaus und auch einen Lebensmittelverteilerpunkt, an dem es kostenloses Essbares zum Mitnehmen gibt. Es soll täglich mindestens von 12-16 Uhr offen sein. Die Gruppe „Bunte Menschen“ möchten ein besetztes Haus für Alle schaffen.

[FR] MOBILITÄT WIRD NOCH TEURER

Zum 1. August steigen im Regio-Verkehrsverbund Freiburg mal wieder die Preise. Die übertragbare RegioKarte wird z.B. um einen Euro teurer und kostet dann 52,50 Euro. Ein Sozialticket oder gar kostenloser öffentlicher Nahverkehr, um Allen das Grundrecht auf Mobilität zu ermöglichen, sind weiterhin nicht in Sicht.

WIRTSCHAFT PROFITIERT VON WACHSENDER UNGLEICHHEIT

Am wachsenden Wohlstand in Deutschland haben immer weniger Menschen teil. So das Ergebnis eines Gutachtens des Paritätischen Gesamtverbandes. Die Profite der Wirtschaft basieren also zu einem guten Teil auf der Ausnutzung der immer weiter zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse. Die Armutsquote hat mit 15,2 Prozent einen Höchststand erreicht. Dem steht ein Höchststand an privatem Vermögen entgegen. Die politische Passivität, erklärte Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Gesamtverbandes, grenze an sozialpolitische Ignoranz. Das Gutachten des Paritätischen Gesamtverbandes soll nun jährlich erscheinen und versteht sich als Gegengewicht zum ideologischen Bericht der sogenannten Wirtschaftsweisen.

[HAMBURG] STEUERGELDER KASSIEREN UND HÄUSER VERFALLEN LASSEN

In Hamburg St. Pauli werden derzeit die berühmten Esso-Häuser abgerissen. Nachdem die Instandsetzung von der Bayrischen Hausbau sträflich vernachlässigt wurde, war die Bausubstanz nicht mehr zu retten. Die Häuser drohten einzustürzen, die BewohnerInnen mussten ihre Wohnungen verlassen. Die Bayrische Hausbau gehört zu Schörghuber Gruppe. Diese bekam für das Luxusprojekt Elbphilharmonie 129 Millionen Euro Steuergelder.

[FR] ENDLICH PERSPEKTIVE FÜR SAND IM GETRIEBE?

Nach der Beschlagnahme der Wohnungen der Wagensgruppe Sand im Getriebe hatte es zahlreiche Aktionen für eine Herausgabe der Wagen gegeben. Nun stimmte 11 Tage vor der Wahl auch eine große Mehrheit im Gemeinderat für einen Antrag, der die Verwaltung beauftragt, 5 Grundstücke (3 davon in Gewerbegebieten) auf eine Eignung für eine Zwischennutzung durch WählerInnen wohlwollend zu prüfen. Auch die Herausgabe der Wagen durch das Ordnungsamt forderte eine große Gemeinderatsmehrheit. Ob Freiburg nun aber wirklich etwas liberaler im Umgang mit WählerInnen wird? Radio Dreyeckland berichtete in Berufung auf gut unterrichtete Kreise davon, dass Oberbürgermeister Salomon (Grüne) bereits die Fraktionen anrufen würde, ob sie den Antrag auch wirklich ernst meinen würden. Oder doch nur Wahlkampf?